

Schachter, Gustav

**Article — Digitized Version**

## Nixons politisches Spiel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schachter, Gustav (1972) : Nixons politisches Spiel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 1, pp. 24-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134350>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Nixons politisches Spiel

Gustav Schachter, Boston

Präsident Nixons „Neue Wirtschaftspolitik“ erregte in den Vereinigten Staaten und vielen Teilen der Welt großes Aufsehen, und zwar mehr wegen des ordnungspolitischen Wandels (Aufgabe des Laissez-faire) als wegen der Erfolgsaussichten. Denn auch in der sogenannten Phase II sind weder die Preissteigerungen noch die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang zurückgegangen. Vielleicht kommt diese Kritik zu früh. Eines jedoch ist klar: Das neue „Spiel“ des Präsidenten hat einen mehr politischen als ökonomischen Hintergrund; seine Bestrebungen sind mehr auf Stimmenfang ausgerichtet als auf die Lösung wirtschaftlicher Probleme. Aus diesem Grunde gibt auch die Nixon-Administration – trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse – der Inflationsbekämpfung den Vorrang vor der Senkung der Arbeitslosenrate. Denn nur ein geringer Bevölkerungsteil leidet unter Arbeitslosigkeit, die große Mehrheit der Wähler wird aber von der Inflation nachhaltig getroffen. Und es sind die Letzteren, die über das Schicksal des Präsidenten entscheiden.

### Völliger Fehlschlag

Bei näherer Betrachtung der ersten beiden Jahre der Nixon-Administration wird zweierlei deutlich: erstens der völlige Fehlschlag der Politik der Nichteinmischung der Regierung in Verbindung mit einer ausgeprägten Geldpolitik und zweitens das „politische Bedürfnis“ nach einer stärkeren Medizin. Am 16. Dezember erreichte das Brutto-sozialprodukt der Vereinigten Staaten nominal die 1 Bill. \$ Grenze. Real gesehen wich die Jahresproduktion im Dezember 1970 nicht von derjenigen des Januar 1969 (760 Mrd. \$) ab, als die Nixon-Administration ihr Amt antrat. Damit sta-

gnierte die Wirtschaft in diesen zwei Jahren. Die nominale Veränderung des Bruttosozialprodukts zeigt damit lediglich den Preisanstieg während dieser zwei Jahre an – 12%, der höchste dieses Jahrhunderts. Die Produktivität, gemessen am Output pro Arbeitsstunde und Kapitaleinheit, nahm in derselben Zeit um etwa 5% zu. Wenn die Produktion nicht steigt, trotz zunehmender Produktivität, dann ist anzunehmen, daß die Nutzung von Ressourcen (Arbeit und Kapital) zurückgeht. Genau das ist geschehen und kommt in der Zunahme der Arbeitslosigkeit von 3,5% im Januar 1969 auf 6% im Dezember 1970 zum Ausdruck.

### Verdoppelung der Arbeitslosenrate

Um zu verstehen, was während der ersten beiden Jahre der Nixon-Regierung geschah und wie es zu der Kehrtwendung im August 1971 kam, muß man die Struktur der amerikanischen Wirtschaft einer Prüfung unterziehen. Der private Verbrauch beläuft sich heute auf rund 60% des amerikanischen BSP und ist damit im Laufe der Jahre relativ gesunken. Die privaten Investitionen hatten seit dem Krieg konstant einen Anteil von 12-14%. Demnach steht etwa ein Viertel des BSP der Regierung zur Verfügung. Die Ausgaben für Verteidigungs- und zivile Zwecke unterlagen während der letzten 30 Jahre großen Schwankungen. Vor allem in den Jahren 1963-64 gingen die Verteidigungsausgaben stark zurück. Da jedoch eine Nachfragesubstitution durch zivile Ausgaben der öffentlichen Hand stattfand, trat keine Arbeitslosigkeit in größerem Umfang ein. Etwas Vergleichbares ist in den letzten drei Jahren nicht geschehen.

Seit 1968 sanken die Verteidigungsausgaben sowohl absolut als auch relativ. Anders als 1963-64 wurde dieser Rückgang nicht durch eine Zunahme der zivilen Ausgaben kompensiert. Die Höhe der nicht-militärischen Ausgaben hat sich nämlich seit 1968 nicht geändert. Dadurch kam es zu einem Rückgang der Gesamtnachfrage mit entsprechend

*Prof. Gustav Schachter lehrt Wirtschaftswissenschaften am Department of Economics der Northeastern University in Boston, Mass.*

restriktiven Wirkungen auf die Volkswirtschaft, die zu einer Verdoppelung der Arbeitslosenquote führten.

Zur gleichen Zeit herrschte ein inflationärer Druck, der mit den ersten Bombardements nach der „Bay of Tonkin Resolution“ im Jahre 1964 eingesetzt hatte. Um einen größeren Krieg vor der Öffentlichkeit zu verbergen, erhöhte die Johnson-Administration die Verteidigungsausgaben zwischen 1965 und 1968, ohne den Versuch zu unternehmen, andere Wirtschaftsbereiche entsprechend zu drosseln. Während in früheren Kriegen die Steuern erhöht wurden, um die private Nachfrage einzuschränken, geschah nichts dergleichen während des Vietnam-Krieges<sup>1)</sup>. Im Jahre 1964 wurden sogar noch allgemeine Steuererhöhungen vorgenommen. Es liegt damit auf der Hand, daß die große Arbeitslosigkeit und die Inflation, die die Vereinigten Staaten während der letzten Jahre zu spüren bekamen, eine direkte Konsequenz des Vietnam-Krieges und unzureichender Stabilisierungsmaßnahmen sind.

#### Monetaristen versus Keynesianer

Zwei Denksysteme haben sich im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte herausgebildet, um Inflation und Arbeitslosigkeit abzustellen. Die Monetaristen sehen in der Inflation das Hauptübel. Sie würden eine beträchtliche Arbeitslosigkeit und den kontinuierlichen gesellschaftlichen Verfall um der Preisstabilität willen in Kauf nehmen<sup>2)</sup>. Staatliche Maßnahmen bestehen gemäß dieser Ansicht in einer Geldmengenveränderung. Die Kräfte des Marktes würden bei Vollbeschäftigung von selbst das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederherstellen. Die orthodoxe Keynesische Theorie bestreitet dagegen die Zwangsläufigkeit eines Vollbeschäftigungsgleichgewichts ohne zusätzliche staatliche Maßnahmen wie Veränderungen der Steuersätze und Staatsausgaben (Fiskalpolitik). Die Keynesianer behaupten, die Inflation sei ein kleineres soziales Übel als die Arbeits-

losigkeit. Sie behaupten, daß Preis- und Lohnkontrollen benötigt werden, um den Inflationsdruck zu beseitigen, und mehr Staatsausgaben, um die Beschäftigung anzuheben.

Bis August dieses Jahres folgte die gegenwärtige Administration der Auffassung der Monetaristen mit der negativen Konsequenz, daß sowohl die Inflation als auch die Arbeitslosigkeit sich verstärkten. Im August wurde zwar eine Wendung um 180 Grad vorgenommen und die Löhne und Preise eingefroren. Bei allem Gerede um die Bekämpfung der Inflation und Arbeitslosigkeit bestand jedoch das Ziel hauptsächlich darin, die Inflation zu bremsen.

So blieben während der drei Monate des Stopps Löhne und Preise nahezu konstant, aber es wurde kein substantieller Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt. Allerdings wäre es unfair, innerhalb einer dreimonatigen Zeitspanne zuviel erwarten zu wollen. Aber dennoch waren die August-Maßnahmen zum Fehlschlag verurteilt. Die Unternehmen der Vereinigten Staaten arbeiten nämlich durchschnittlich mit einer Kapazitätsauslastung von 73%. Anstatt nun die Privatnachfrage anzukurbeln, beschränkte die Regierung indirekt den Nachfragezuwachs. Eine Erhöhung des persönlichen Steuerfreibetrages um 50 \$ würde beispielsweise eine Einkommenserhöhung von etwa 7 \$ für die niedrigeren Einkommensgruppen bedeuten, die eine hohe marginale Konsumneigung besitzen. Die höheren Einkommensgruppen würden dagegen etwa 30 \$ Steuern sparen, mit geringen Auswirkungen auf den Verbrauch. Präsident Nixon beschloß ebenfalls, die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu senken, wodurch er die Gesamtnachfrage und das Beschäftigungsniveau verringerte. Auf der anderen Seite erhielten die Unternehmen jährlich nahezu 7 Mrd. \$ als Investitionsanreiz. Durch die Gewährung solcher Steuerkredite sollen die Unternehmen mehr investieren und die Wirtschaft infolge der zusätzlichen Investitionen stärker expandieren.

#### Neue Phase

Die wirtschaftliche Realität sieht aber so aus, daß die Unternehmen, deren Kapazitäten nur zu 73% ausgelastet sind, ohne die entsprechenden Absatzmöglichkeiten ihre Produktion nicht erhöhen werden. Von dieser Seite aus kann also kein

<sup>1)</sup> Die Steuerzuschläge, die vorgenommen wurden, waren völlig wirkungslos, da sie zu gering waren und zu spät erfolgten.

<sup>2)</sup> Nach Milton Friedman muß „bis zu einem gewissen Grade Arbeitslosigkeit bestehen ... Es gibt nichts Absurderes als jene Leute, die behaupten, sie sei unmenschlich und unerträglich ... sie (die Arbeitslosigkeit) ist ein Faktum im Leben“ (vgl. The New York Times Sunday Magazin vom 20. 12. 1970, S. 54). Indessen, es gibt keinen eindeutigen Hinweis dafür, daß uns durch ein göttliches Schicksal eine Verkettung zwischen Beschäftigung und Inflation auferlegt ist. So scheint die Phillipskurve, die die Beziehung zwischen Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit widerspiegeln soll, nie in Kraft gewesen zu sein.

# VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Multiplikatorprozeß einsetzen. Weiterhin ist zu bedenken, daß die einzige Möglichkeit, diese Steuerkredite sinnvoll einzusetzen, in der Verbesserung der Betriebsstruktur liegt, da Investitionen bei Stagnation der Konsumausgaben und gleichbleibenden Staatsausgaben nicht induziert werden können. Es kann also nur zu autonomen Investitionen kommen, d. h. zu Investitionen, die zu verbesserten Techniken und höherer Kapazität führen. Diese Erhöhung der Kapitalintensität kann aber die Anzahl der Arbeitsplätze noch weiter verringern und somit die Arbeitslosigkeit vergrößern. Dies könnte einen zusätzlichen Bremseneffekt haben. Denn weniger Beschäftigte bedeuten weniger Kaufkraft mit der Folge rückläufiger Absätze für die Unternehmen und Verringerung der Kapazitätsauslastung. Hinzu kommt, daß der Präsident 12 Mrd. \$, die der Kongreß für den Gesundheits-, Erziehungs- und Wohlfahrtsbereich schon bewilligt hatte, strich, um die Inflation zu bekämpfen.

### Abschwächung der inflationären Entwicklung

Auch die gerade gestartete „Phase II“ zielt weiterhin auf die Bekämpfung der Inflation ab. Den dazu durchgeführten Kontrollen fehlte aber die „Bissigkeit“. Sie könnten zwar verhindern, daß die Löhne genauso schnell steigen wie in den vergangenen fünf Jahren; den Preisen können sie aber nicht Einhalt gebieten. Während nämlich Löhne relativ leicht zu kontrollieren sind, ist man bei den Preisen auf ein freiwilliges Wohlverhalten angewiesen. Auf oligopolistischen Märkten ist es überaus schwierig, Preise, die von großen Gesellschaften festgesetzt werden, zu kontrollieren. Versteckte Preiserhöhungen haben beispielsweise schon stattgefunden: Der Preis für ein Auto wird dem Anschein nach nur um 3% heraufgesetzt, aber Extras wie ein Radio oder weiße Reifen, die vorher im Gesamtpreis eingeschlossen waren, werden nun zusätzlich in Rechnung gestellt. Das ist ein realer Preisanstieg, der allerdings für die meisten Verbraucher nur sehr schwer erkennbar ist. Denn in der Regel kennen die Konsumenten die früheren Preise nicht und können auch nicht wiederholt Beschwerde einlegen. Zusätzlich muß man berücksichtigen, daß nur ein paar hundert Personen mit der komplizierten Überwachungsprozedur beauftragt sind<sup>3)</sup>.

<sup>3)</sup> Laut New York Times vom 8. November 1971 berichtete das Office of Emergency Preparedness, daß bis zum 31. Oktober insgesamt 770 216 Beschwerden und Anfragen eingegangen sind. Das Büro, das mit der Kontrolle des Stopps beauftragt ist, berichtete weiterhin, daß von den insgesamt 36 220 Beschwerden über angebliche Vergehen – der Großteil davon über Preissteigerungen – 18 296 nicht als Vergehen anerkannt wurden; 7134 Fälle führten zu informellen Beschwerden bei den betreffenden Unternehmen, und 4598 Fälle wurden nach Überprüfung offiziell anerkannt. 6192 Fälle blieben unerledigt. Die Regierung hat bisher nur 6 gerichtliche Verfahren gegen angebliche Verletzungen der Bestimmungen angestrengt.

Unter diesen Umständen kann man erwarten, daß nach Beendigung des Preis- und Lohnanstiegs die Inflationsrate im Verlaufe dieses Jahres zurückgeht, und zwar weniger infolge eines Preisrückganges als vielmehr eines verminderten Lohnzuwachses. Es versteht sich von selbst, daß die Unternehmen weiterhin Gewinne erzielen werden, selbst wenn Löhne und Preise im gleichen Maße steigen. Denn Löhne stellen nicht den gesamten Input für die Erstellung eines Produktes dar. Zuweilen beträgt der Arbeitskräfteeinsatz und infolgedessen der Lohnanteil nur ungefähr die Hälfte der gesamten Produktionskosten. Steigen Preise und Löhne im gleichen Maße, kann auf diese Weise eine Verdoppelung der Gewinne eintreten. Das läßt immer noch eine inflationäre Entwicklung zu. Allerdings dürfte sie geringer sein als zwischen 1969 und 1971.

Während also hinsichtlich der Preisstabilität mit einem Erfolg zu rechnen ist, läßt sich dasselbe im Hinblick auf die Beschäftigungslage nicht behaupten. Mit Hilfe der gegenwärtigen Politik kann man den privaten Konsum nicht ankurbeln. Zwar stimmt es, daß im Laufe der letzten Monate der Absatz von Automobilen stark zugenommen hat, vor allem wegen der erwarteten Preissteigerungen nach Beendigung des dreimonatigen Stopps, aber diese Entwicklung wird nicht notwendigerweise anhalten. Wenn die Arbeitslosenquote hoch ist und die Einkommen im wesentlichen unverändert bleiben, können sich die mittleren und unteren Einkommensklassen weder neue Autos noch dauerhafte Gebrauchsgüter leisten. Auch Steuer-senkungen können nicht viel ausrichten, wenn sie so gering und, wie in den meisten Fällen, auf die hohen Einkommensgruppen zugeschnitten sind.

### Hauptziel: Wiederwahl

Um aber Preisstabilität und eine verbesserte Beschäftigungssituation zu erreichen, muß die Regierung bemüht sein, die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensgruppen zu erhöhen. Nur so können die Unternehmen mit einer höheren Kapitalauslastung und infolgedessen mit niedrigeren Fixkosten je Produkteinheit arbeiten. Bei strenger Kontrolle könnten sie dann diese Ersparnisse in Form herabgesetzter Preise an die Konsumenten weitergeben. Um einen solchen Nachfrageanstieg zu erlangen, bedarf es keiner Anreize an die Unternehmen, ihre Kapitalintensität zu erhöhen. Vielmehr sollte die 7 (und mehr) Mrd. \$-Gabe für Unternehmen an die Konsumenten verteilt werden,

indem man beispielsweise eine echte staatliche Krankenversicherung ausbaut, die die Gesund-

heitskosten für die unteren Einkommensgruppen beträchtlich herabsetzen würde, wodurch ihr verfügbares Einkommen zugunsten anderer Güter entlastet würde;

indem man die einzelnen Bundesstaaten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dadurch unterstützt, daß man sie in die Lage versetzt (durch entsprechende Finanzaufweisungen), notwendige Dienstleistungen wie Wohnungsbau, bessere Schulen und Nahverkehrseinrichtungen usw. zu erbringen; Vorhaben, die nicht nur direkt viele Arbeitsplätze schaffen, sondern auch neues Vertrauen in die amerikanische Gesellschaft gewinnen;

indem man drastisch die Struktur der Staatsausgaben verändert – weg von nutzlosen und inflationstreibenden Ausgaben im Verteidigungs- und Luft- und Raumfahrtbereich zugunsten nutzenstiftender Gemeinschaftsaufgaben;

indem man die – wenn auch flau – Preis-Lohn-Kontrolle weiter beibehält, und sei es ledig-

lich als psychologisches Instrument, das die Inflation wenn auch nicht bremsen, so doch zumindest abmildern kann.

Man sollte nicht überrascht sein, wenn diese Regierung innerhalb der nächsten sechs Monate eine derartige Politik einschlägt. Kein Präsident in der Vergangenheit hatte einen so ausgeprägten politischen Spürsinn wie Präsident Nixon. Sein Hauptziel ist die Wiederwahl. Bisher zeigte er nicht nur die ihm nachgesagte Unberechenbarkeit und die Fähigkeit zum Bluffen, sondern auch einen starken Pragmatismus, wofür er Lob verdient. Er zögerte nicht, seine lebenslang gepflegte Hysterie gegenüber den Kommunisten aufzugeben, um Brücken der Freundschaft nach China und zur UdSSR zu schlagen, und auch nicht, eine Kehrtwendung vom vollständigen Laissez-faire zum ausgeprägten Interventionismus zu vollziehen. Sollten es die politischen Umstände erfordern, dann würde der New Deal der dreißiger Jahre wie ein kleines „Picknick“ aussehen neben dem, was er noch auf Lager hält.



**Ob schnelle Fahrten auf der Autobahn,  
Ob kurze Strecken im Großstadtverkehr,  
Ob heißer Sommer oder kalter Winter –  
In modernen Motoren ist das Öl ein  
Schwerarbeiter.**

**DIE WELTWEITE MOBIL-FORSCHUNG**  
packt täglich neue Probleme an und löst sie.

Auf allen Kontinenten werden auf Prüfstand und Straße für den Autofahrer Motorenöle entwickelt und getestet, um die ständig wachsenden Anforderungen an den Motor von heute und morgen zu erfüllen.

**Mobil**

IN ALLER WELT SPEZIALISTEN FÜR ÖL

**MOBIL OIL A.G. IN DEUTSCHLAND · 2000 HAMBURG 1 · STEINSTRASSE 5**